

Neuer PISA-Schock trifft NRW-Schulsystem - Schwarz-Grün hat viereinhalb Jahre nicht nutzen können, Verbesserungen zu erzielen

Drucksache 18/21220 · eingebracht 2026-09-08 – Antragsteller: FDP

Bildung

Sprachförderung

Inklusion

Ganztag

ZUSAMMENFASSUNG

Die FDP-Fraktion kritisiert die Bildungspolitik der schwarz-grünen Landesregierung anhand der PISA-2025-Ergebnisse und fordert verbindliche Sprachförderung, Sommerschulen, ein leistungsorientiertes Schulsystem und die Abschaffung von ABC-Klassen.

KERNFORDERUNGEN

- Verbindliche Sprachförderung in Kitas
- Sommerschulen für Basiskompetenzen
- Ablehnung von PRIMUS und ABC-Klassen
- Fokussierung auf Unterrichtsqualität statt Strukturreform
- Leistungsprinzip als Maßstab

BEWERTUNG

4.0 / 10 GEMEINWOHL-SCORE
Überarbeiten

Der Antrag setzt stark auf individuelle Leistungsförderung und frühkindliche Sprachkompetenz (D1, D4), was soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde stützt. Allerdings fehlt jeglicher Bezug zu ökologischer Nachhaltigkeit (C3, D3, E3) und Transparenz & Mitbestimmung (D5, C5). Er propagiert ein „gegliedertes Schulsystem“ ohne inklusive Perspektive, widerspricht damit der Solidarität (D2) und verstärkt segregierende Strukturen. Die Forderung nach Verzicht auf PRIMUS und ABC-Klassen ignoriert partizipative, kommunale Bildungsinitiativen – ein gravierender Mangel an Gemeinwohl-Orientierung.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Starke Fokussierung auf frühkindliche Sprachförderung
- Konsequente Verbindung von Bildung und sozialem Aufstieg
- Kritik an ineffizienten Parallelstrukturen wie ABC-Klassen

Schwächen

- Ignoriert ökologische Dimension der Bildung
- Lehnt inklusive und partizipative Schulmodelle ab
- Kein Bezug zu Demokratiebildung oder Mitbestimmung

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	•	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	•	•	•
D · BÜRGER:INNEN	+	-	•	+	--
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	--	•	•

++ stark fördernd + fördernd O neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 Menschenwürde in der öffentlichen Leistung Bewertung: +3

Recht auf Bildung als Grundvoraussetzung für Selbstbestimmung

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +2

Verbindliche Sprachförderung, Sommerschulen, Ganzttag – adressiert Benachteiligung

E3 Ökologische Nachhaltigkeit über die Grenzen hinaus Bewertung: -5

Kein Zusammenhang zwischen Bildung und Klimakompetenz, Zukunftsfähigkeit oder planetaren Grenzen

D5 Transparenz & Mitbestimmung in der öffentlichen Leistung Bewertung: -4

Kein Bezug zu Bürgerbeteiligung, Schulräten, Elternmitwirkung oder Demokratiebildung

D2 Solidarität in der öffentlichen Leistung Bewertung: -3

Gegliedertes System vs. gemeinsames Lernen; keine Förderung von Inklusion oder Gemeinschaft

FDP

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag spiegelt Kernpositionen des FDP-Wahlprogramms 2022 wider: Leistungsprinzip (S. 2, 10), frühe Sprachförderung (S. 7, 12), Talentschulen (S. 10), Ablehnung struktureller Experimente zugunsten Unterrichtsqualität, und klare Trennung von Kita- und Schulpädagogik. Der Fokus auf individuelle Förderung, Chancengleichheit durch Leistung (nicht Herkunft) und Kritik an Parallelstrukturen wie ABC-Klassen entspricht exakt dem Programm.

„Klar ist für uns: Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern oder dem Stadtviertel abhängen, in dem man aufwächst.“

FDP NRW Wahlprogramm 2022, S. 10

„Gute sprachliche Fähigkeiten sind die Grundvoraussetzung für gelingende gesellschaftliche Teilhabe sowie für Erfolg im weiteren Bildungs- und Berufsleben.“

FDP NRW Wahlprogramm 2022, S. 7

PARTEIPROGRAMM

8/10

Das FDP-Grundsatzprogramm (Karlsruher Freiheitsthesen 2012) betont Bildung als Bürgerrecht, individuelle Förderung, Vielfalt der Bildungswege und Eigenverantwortung (S. 52, 57–58, 60). Der Antrag verankert diese Werte konsequent – insbesondere durch den Fokus auf leistungsorientierte Förderung, frühkindliche Kompetenzentwicklung und kritische Haltung gegenüber staatlichem Aktionismus. Einzig die fehlende Betonung von Medienkompetenz im digitalen Kontext (Q17) stellt eine marginale Abweichung dar.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU**WAHLPROGRAMM**

7/10

Der Antrag stimmt mit CDU-Prioritäten überein: Leistungsprinzip (Q29), Sprachförderung vor Einschulung (Q28), Stärkung der Familienzentren/Kita als Bildungsort (Q23, Q30), Ablehnung von Schulstrukturdebatten zugunsten Unterrichtsqualität (Q22). Kritik an ABC-Klassen passt zur CDU-Präferenz für integrierte Förderung. Allerdings fehlt die CDU-typische Betonung von Digitalisierung (Q26) und Ganztagerweiterung (Q24) – stattdessen wird der Ganztage nur kritisch als ungenutzter Hebel genannt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

7/10

Die CDU-Grundsätze (2024) betonen christlich-demokratisches Menschenbild, Subsidiarität und Soziale Marktwirtschaft (Q27, Q29). Der Antrag folgt dem Prinzip der Subsidiarität (Staat als Kernaufgabe, aber schlank) und dem Leistungsprinzip – allerdings ohne expliziten Bezug zum christlichen Menschenbild oder zur Schöpfungsverantwortung (Q26, Q27). Die Forderung nach 'klarem Bekenntnis zu Leistung' korrespondiert mit Q29, doch die fehlende Verankerung von Bildung als gesellschaftlicher Aufgabe im Sinne der Solidarität schwächt die Übereinstimmung leicht.

„Deshalb wollen wir besonders die Sprachfähigkeit von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte und von Kindern mit familiär bedingter Bildungsferne fördern.“

CDU NRW Grundsatzprogramm 2015, S. 22

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

2/10

Der Antrag widerspricht zentralen grünen Positionen: Er lehnt PRIMUS und ABC-Klassen ab, obwohl Grüne diese als inklusive, multiprofessionelle Ansätze befürworten (Q4, Q10). Er fordert ein 'gegliedertes Schulsystem', während Grüne 'gemeinsames Lernen' und 'inklusive Orte' (Q10, Q6) einfordern. Kein Bezug zu Demokratiebildung (Q5), Klimakompetenz (Q3) oder sozial-ökologischer Transformation (Q7). Die Kritik an 'Strukturdebatten' ignoriert grüne Forderungen nach systemischer Reform.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

2/10

Das grüne Grundsatzprogramm (2020) verankert Bildung als Recht auf Selbstbestimmung, Inklusion, soziale Gerechtigkeit und planetare Verantwortung (Q9, Q10, Q6, Q7). Der Antrag reduziert Bildung auf Leistung und Basiskompetenzen, vernachlässigt systemische Ungleichheiten und lehnt partizipative, inklusive Modelle ab. Kein Bezug zu 'interkultureller Verständigung' (Q6), 'multiprofessionellen Teams' (Q10) oder 'gesunden Räumen' (Q7). Fundamentaler Widerspruch zu den Leitideen Ökologie, Demokratie und Gerechtigkeit.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM

1/10

Der Antrag widerspricht SPD-Kernpositionen: Er lehnt 'längeres gemeinsames Lernen' und 'keine Schulformempfehlung' ab (SPD 2022), fordert stattdessen ein gegliedertes System. Er kritisiert PRIMUS/ABC-Klassen, während SPD für 'Ganztagsausbau' (S. 55), 'Schulsozialarbeit' (S. 56) und 'Chancengleichheit' (S. 54) eintritt. Kein Bezug zu 'gebührenfreier Bildung', 'Flächentarifvertrag' oder 'sozialer Absicherung'. Die Forderung nach 'Leistung statt Herkunft' steht im Kontrast zur SPD-Betonung struktureller Benachteiligung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

1/10

Das Hamburger Programm (2007) verankert Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Vorsorge als Grundwerte (Q6–Q10). Der Antrag fokussiert auf individuelle Leistung und minimiert strukturelle Ursachen von Benachteiligung – ein fundamentaler Bruch mit dem sozialdemokratischen Verständnis von Bildung als kollektiver Aufgabe. Kein Bezug zu 'gerechter Verteilung', 'Vorsorgendem Sozialstaat' oder 'internationaler Solidarität'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

6/10

Der Antrag teilt AfD-Kritik an 'ideologischen Schuldebatten', betont Leistungsprinzip und nationale Bildungsqualität, kritisiert Zuwanderungseffekte (Q12, Q13). Allerdings fehlt jede anti-migrantische Rhetorik, kein Bezug zu 'Leitkultur', 'Remigration' oder 'Abschiebung'. Auch fehlt die AfD-typische Kritik an 'Gender-Ideologie' oder 'Corona-Maßnahmen'. Die sachliche, bildungspolitische Argumentation bleibt innerhalb des Verfassungsrahmens – daher keine volle Übereinstimmung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

6/10

Das AfD-Grundsatzprogramm (2016) betont nationale Souveränität, traditionelles Familienbild und Kritik an 'Ideologie' (Q12–Q15). Der Antrag thematisiert zwar Zuwanderungseffekte, tut dies aber empirisch und ohne nationalistische oder diskriminierende Sprache. Er bleibt im Rahmen liberaler Bildungsdiskurse und vermeidet AfD-spezifische Themen wie EU-Kritik, Euro-Ausstieg oder 'Remigration'. Daher partielle, aber keine umfassende Übereinstimmung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Nordrhein-Westfalen braucht ein leistungsfähiges, vielfältiges und gegliedertes Schulsystem, das unterschiedliche Bildungswege eröffnet, Durchlässigkeit gewährleistet und individuelle Begabungen ernst nimmt.

Nordrhein-Westfalen braucht ein leistungsfähiges, inklusives und durchlässig gestaltetes Schulsystem, das unterschiedliche Bildungswege eröffnet, alle Kinder gemeinsam fördert und individuelle Begabungen sowie Unterstützungsbedarfe gleichermaßen ernst nimmt.

Begründung: Ersetzt 'gegliedert' durch 'inklusiv' und ergänzt 'gemeinsam fördert' – stärkt Solidarität (D2) und Menschenwürde (D1), korrigiert GWÖ-Widerspruch gegen segregierende Strukturen.

Vorschlag 2 von 3

Original: Die frühkindliche Bildung muss dabei wesentlich stärker in den Mittelpunkt rücken. Viele entscheidende Lernvoraussetzungen entstehen lange vor dem ersten Schultag.

Die frühkindliche Bildung muss dabei wesentlich stärker in den Mittelpunkt rücken – als Ort der Demokratiebildung, ökologischen Grundbildung und interkulturellen Begegnung, denn viele entscheidende Lernvoraussetzungen entstehen lange vor dem ersten Schultag.

Begründung: Ergänzt ökologische Nachhaltigkeit (D3/E3) und Transparenz & Mitbestimmung (D5) – schließt zwei gravierende Lücken in der GWÖ-Matrix.

Vorschlag 3 von 3

Original: Auch das Potenzial des Ganztags nutzt die schwarz-grüne Landesregierung nicht. Ein hochwertiger Ganztag könnte zusätzliche Lernzeit schaffen, individuelle Förderung ermöglichen und Kindern Chancen bieten, die zu Hause weniger Unterstützung erfahren.

Auch das Potenzial des Ganztags nutzt die schwarz-grüne Landesregierung nicht. Ein hochwertiger Ganztag muss als Ort der Partizipation, demokratischen Mitgestaltung und sozialen Lernens gestaltet werden, könnte zusätzliche Lernzeit schaffen, individuelle Förderung ermöglichen und Kindern Chancen bieten, die zu Hause weniger Unterstützung erfahren.

Begründung: Fügt Transparenz & Mitbestimmung (D5) und Solidarität (D2) ein – macht den Ganztag zum Gemeinwohl-Raum statt reinem Förderinstrument.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Abgelehnt · MMP18-130

Nein: AfD CDU GRÜNE Enth.: SPD

Original-Antrag

Drucksache 18/21220

Neuer PISA-Schock trifft NRW-Schulsystem - Schwarz-Grün hat viereinhalb ·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

08.09.2026

Antrag

der Fraktion der FDP

Neuer PISA-Schock trifft NRW-Schulsystem – Schwarz-Grün hat viereinhalb Jahre nicht nutzen können, Verbesserungen zu erzielen

I. Ausgangslage

Die Ergebnisse der PISA-Studie 2025 sind ein erneuter und besonders eindringlicher Denkmittel für die deutsche Bildungspolitik. In den zentralen Kompetenzbereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften setzt sich der seit Jahren erkennbare Abwärtstrend fort. Deutschland hat frühere Leistungsabstände gegenüber anderen erfolgreichen Bildungssystemen weitgehend eingebüßt und bewegt sich inzwischen in mehreren Bereichen mittlerweile nur noch im internationalen Mittelfeld. Noch nie waren die Kompetenzwerte so schlecht.

Besonders alarmierend ist die wachsende Gruppe von Jugendlichen, die selbst grundlegende Kompetenzniveaus nicht mehr sicher erreicht. In Lesen und Mathematik betrifft dies inzwischen etwa ein Drittel der 15-Jährigen. Damit verlässt ein erheblicher Teil der Jugendlichen die Pflichtschulzeit mit Voraussetzungen, die für Ausbildung, Beruf, Studium und eine eigenständige Lebensführung nicht ausreichen.

PISA ist keine reine Schulleistungsstudie. Sie untersucht vor allem, ob Jugendliche Wissen anwenden, Probleme lösen, Informationen einordnen und begründete Entscheidungen treffen können. Genau diese Fähigkeiten sind in einer zunehmend komplexen, digitalen und von künstlicher Intelligenz geprägten Welt unverzichtbar. Wer Texte nicht sicher erschließen, mathematische Zusammenhänge nicht anwenden oder Informationen nicht zuverlässig von Meinung, Werbung oder Desinformation unterscheiden kann, hat erhebliche Nachteile für das gesamte weitere Leben. Der Befund ist deshalb nicht ausschließlich ein schulpolitisches Problem. Er betrifft die Fähigkeit junger Menschen, selbstbestimmt zu handeln, Verantwortung zu übernehmen und aktiv an Gesellschaft, Wirtschaft und Demokratie teilzuhaben.

Der gestiegene Anteil zugewanderter Schülerinnen und Schüler erhöht die Anforderungen an das deutsche Bildungssystem deutlich. PISA 2025 zeigt erhebliche Kompetenzrückstände insbesondere bei selbst zugewanderten Jugendlichen und bei spätem Zuzug. Die Ergebnisse zeigen aber ebenso deutlich, dass diese Rückstände nicht allein auf Zuwanderung zurückzuführen sind. Entscheidend sind des Weiteren die soziale Lage, der Erwerb der deutschen Unterrichtssprache und die Dauer des Schulbesuchs in Deutschland.

Nüchtern muss konstatiert werden: Das Aufstiegsversprechen funktioniert in unserem Land nicht mehr. Bildung muss Aufstiegschancen für kluge Kinder schaffen – das wird in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen allerdings viel zu wenig eingelöst. Ziel muss sein: Nicht das

Elternhaus, sondern Talent, Fleiß und Leistungsbereitschaft müssen über Bildungschancen entscheiden.

Schwarz-Grün hat viereinhalb Jahre nicht nutzen können, Verbesserungen zu erzielen. Seit Regierungsübernahme im Jahr 2022 mangelt es an konsequentem und durchdachtem Regierungshandeln für eine Bildungspolitik von der frühen Kindheit bis hin zur beruflichen und akademischen Bildung.

Nicht nur, aber auch in der NRW-Schulpolitik steht aktuell wenig das Verständnis eines schlanken Staats im Vordergrund, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert und diese dafür verlässlich erfüllt. Bildung ist eine solche (staatliche) Kernaufgabe – vielleicht die wichtigste überhaupt. Sie darf deshalb kein unverbindliches Versprechen und kein politisches Wahlprogramm bleiben, sondern muss für jedes Kind tatsächlich gewährleistet sein und zu nachweisbaren Bildungserfolgen führen. Die Landesregierung ist in der Verantwortung, allen Kindern früh die Lernvoraussetzungen zu gewährleisten, die sie für einen erfolgreichen Bildungsweg brauchen. Entscheidend ist, dass notwendige Förderung die Kinder und Jugendlichen auch tatsächlich erreicht. Das gilt insbesondere für die Sprachkompetenz.

Deshalb braucht Nordrhein-Westfalen neben einer verbindlichen frühen Sprachförderung in der Kita ein Schulfähigkeitsjahr für frisch eingeschulte Kinder, die noch zusätzliche gezielte Förderung benötigen, um dem Unterricht folgen zu können. Auch eine gezielte Sommerschule kann älteren Kindern und Jugendliche helfen, die noch nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Ferienzeiten müssen dort, wo erhebliche Sprachdefizite bestehen, gezielt für intensive Förderung genutzt werden. Für Schülerinnen und Schüler, denen sprachliche Grundlagen fehlen, darf die Ferienzeit keinen Rückschritt bedeuten, sondern muss als zusätzliche Chance genutzt werden.

Auch gegenüber Eltern muss klar sein: Das Recht des Kindes auf Bildung steht im Mittelpunkt. Wo Förderung notwendig ist, muss sie frühzeitig, verbindlich und konsequent erfolgen. Ein leistungsfähiger Staat zeigt sich nicht daran, wie viele Programme er auflegt, sondern daran, ob er bei seinen wichtigsten Aufgaben wirksame Ergebnisse erzielt. In der Bildung bedeutet das: Kinder müssen am Ende besser lesen, schreiben, rechnen und verstehen können.

Die frühkindliche Bildung muss dabei wesentlich stärker in den Mittelpunkt rücken. Viele entscheidende Lernvoraussetzungen entstehen lange vor dem ersten Schultag. Doch statt die Kita-Qualität zu stärken und die Förderung dort verbindlicher zu machen, setzt die Landesregierung mit ihren ABC-Klassen auf eine zusätzliche Parallelstruktur mit teuren Beförderungskosten für Busse und Taxis, die besser direkt in Bildung investiert wären. Das ist symptomatisch für eine Politik, in der Kinder-, Familien- und Jugendpolitik auf der einen und Schulpolitik auf der anderen Seite zu häufig nebeneinander statt miteinander arbeiten. Sprachförderung muss verbindlich, hochwertig und möglichst früh im vertrauten Umfeld der Kindertagesbetreuung stattfinden.

Auch das Potenzial des Ganztags nutzt die schwarz-grüne Landesregierung nicht. Ein hochwertiger Ganztag könnte zusätzliche Lernzeit schaffen, individuelle Förderung ermöglichen und Kindern Chancen bieten, die zu Hause weniger Unterstützung erfahren. Dafür braucht es jedoch verbindliche Qualitätsstandards, qualifiziertes Personal und eine stärkere pädagogische Ausrichtung. Schwarz-Grün lässt diesen Hebel bislang weitgehend ungenutzt.

Zur notwendigen bildungspolitischen Antwort gehört zugleich ein klares Bekenntnis zu Leistung. Leistungsgerechtigkeit bedeutet, jedes Kind entsprechend seinen Fähigkeiten zu fördern und zu fordern. Schulen müssen Schülerinnen und Schüler mit besonderem Unterstützungsbedarf ebenso gezielt fördern wie leistungsstarke junge Menschen zu Höchstleistungen ermutigen.

Sinkende Anforderungen oder neue Schulstrukturdebatten lösen kein Kompetenzproblem. Nordrhein-Westfalen braucht ein leistungsfähiges, vielfältiges und gegliedertes Schulsystem, das unterschiedliche Bildungswege eröffnet, Durchlässigkeit gewährleistet und individuelle Begabungen ernst nimmt. Strukturpolitische Experimente wie eine Ausweitung des PRIMUS-Ansatzes lenken von der eigentlichen Aufgabe ab: Unterrichtsqualität, Basiskompetenzen und individuelle Förderung zu verbessern.

Besondere Verantwortung besteht schließlich gegenüber den Jugendlichen, die heute bereits kurz vor dem Übergang in Ausbildung und Beruf stehen. Wer mit 15 Jahren erhebliche Schwierigkeiten beim Lesen, Schreiben oder Rechnen hat, darf nicht als „verlorene Generation“ abgeschrieben werden. Diese jungen Menschen brauchen kurzfristig zusätzliche, intensive Förderangebote. Dazu gehören Sommerschulangebote in den Ferien, die gezielt Basiskompetenzen stärken und den Übergang in Ausbildung und Beruf vorbereiten. Österreich macht vor, wie ein solches Modell funktionieren kann. Mit dem Ferien-Intensivtraining „FIT in Deutsch“ gibt es auch in Nordrhein-Westfalen bereits entsprechende Strukturen, die deutlich ausgebaut und verbindlich gemacht werden müssen.

Nordrhein-Westfalen braucht keinen weiteren bildungspolitischen Aktionismus und keine neue Schulstrukturdebatte. Es braucht eine verlässliche Bildungskette von der Kita bis zum Beruf, einen klaren Fokus auf Basiskompetenzen, verbindliche Förderung und eine neue Kultur der Leistungsfreude in der Gesellschaft. Beste Bildung ist die wichtigste Voraussetzung für individuelle Freiheit, gesellschaftliche Teilhabe und sozialen Aufstieg. Ministerpräsident Hendrik Wüst muss endlich sein Versprechen einlösen und Bildung zur obersten Priorität machen.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Die Ergebnisse von PISA 2025 bestätigen einen seit Jahren erkennbaren und besorgniserregenden Rückgang grundlegender Kompetenzen junger Menschen.
- Besonders problematisch ist die wachsende Gruppe von Kindern und Jugendlichen, die nicht über ausreichende Basiskompetenzen verfügt und dadurch in ihrem weiteren Bildungsweg erheblich eingeschränkt wird.
- Ausreichende Sprachkompetenz ist die entscheidende Voraussetzung für erfolgreichen Unterricht, gesellschaftliche Teilhabe und sozialen Aufstieg. Bildung ist eine zentrale Kernaufgabe des Staates und muss verlässlich zu besseren Bildungsergebnissen führen.
- Förderbedarfe müssen früh erkannt und notwendige Förderung verbindlich wahrgenommen werden.
- Die Landesregierung hat es versäumt, frühkindliche Bildung, Schule und Ganztag zu einer durchgängigen Bildungsstrategie zu verbinden.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- Leistungsgerechtigkeit wieder zum Maßstab der Bildungspolitik zu machen und Schülerinnen und Schüler konsequent nach ihren individuellen Fähigkeiten zu fördern und zu fordern;
- sich klar zum gegliederten Schulsystem in Nordrhein-Westfalen zu bekennen und schulstrukturelle Experimente zu beenden, die Ressourcen binden, ohne die drängenden Kompetenzprobleme zu lösen;
- auf eine Ausweitung des PRIMUS-Modells zu verzichten und stattdessen Unterrichtsqualität, Basiskompetenzen und individuelle Förderung in den bestehenden Schulformen zu stärken;
- die von der Landesregierung kürzlich beschlossenen ABC-Klassen nicht als neues Parallelsystem einzuführen, sondern die frühkindliche Sprachförderung dort verbindlich und wirksam zu organisieren, wo sie hingehört: in starken Kitas und in einer durchgängigen Bildungskette vor dem Schuleintritt;
- landesweite Sommerschulangebote aufzubauen, die insbesondere Kindern und Jugendlichen mit unzureichenden Sprachkenntnissen und Defiziten bei den Basiskompetenzen verbindlich intensive zusätzliche Lernzeit für zwei Wochen in den Ferien ermöglichen; ein ähnliches Angebot soll für Jugendliche geschaffen werden, um sie gezielt auf den Übergang nach der zehnten Klasse vorzubereiten.
- die Kindertageseinrichtungen endlich als zentrale Bildungsorte ernst zu nehmen und Bildung von Beginn an durch verbindliche Qualitätsstandards, gezielte Sprachförderung und eine engere Verzahnung mit dem Schulsystem abzusichern;
- das Versprechen von Ministerpräsident Hendrik Wüst, Bildung habe für ihn Priorität, endlich einzulösen.

Henning Höne
 Marcel Hafke
 Franziska Müller-Rech

und Fraktion